



Dagmar G. Wöhl MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Maritime Koordinatorin der Bundesregierung

Postanschrift:
Palast der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 227-71235
Fax: 030 227-76385

Wahlkreis
Jakobstraße 46
90402 Nürnberg
Tel: 0911 2415 4416
Fax: 0911 2029 212
Email: kontakt@dagmar-woehrl.de
Web: www.dagmar-woehrl.de
28. Mai 2009

Redebeitrag

Dagmar G. Wöhl Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für
Wirtschaft und Technologie anlässlich VIII. Munich Economic Summit
am 28. Mai 2009 im Hotel Bayerischer Hof in München

Sehr geehrter Herr Chrobog,
[Vorsitzender des Vorstands der BMW Stiftung Herbert Quandt],
sehr geehrter Herr Professor Sinn,
[Präsident ifo Institut für Wirtschaftsforschung]
sehr geehrte Damen und Herren,

Zunächst möchte ich Ihnen ganz herzliche Grüße des Bundeswirtschaftsministers
Karl-Theodor zu Guttenberg übermitteln.

Meine Damen und Herren, „Climate and Energy – Rights Goals, Wrong Approach?“,
so der Titel Ihrer Veranstaltung.

1. Energie- und klimapolitische Zielsetzungen

Lassen Sie uns zunächst die energie- und klimapolitischen Zielsetzungen näher
betrachten, von denen es im Titel dieser Konferenz heißt, sie seien richtig gesetzt.

Sie alle kennen die Zieltrias von

- ↪ Wirtschaftlichkeit,
- ↪ Umweltverträglichkeit
- ↪ und Versorgungssicherheit.



Dagmar G. Wöhrl MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Maritime Koordinatorin der Bundesregierung

Postanschrift:
Palast der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 227-71235
Fax: 030 227-76385

Wahlkreis
Jakobstraße 46
90402 Nürnberg
Tel: 0911 2415 4416
Fax: 0911 2029 212
Email: kontakt@dagmar-woehrl.de
Web: www.dagmar-woehrl.de
28. Mai 2009

Alle diese drei Elemente sind als solche akzeptiert. Nur ihre relative, manche würden sagen, ihre praktische Wertigkeit verschiebt sich mal zu der einen und mal zu der anderen Seite.

Wenn es konkreter werden soll, greifen viele energiepolitische Akteure gern zu quantifizierten Zielen. Davon haben wir in Deutschland, aber auch in der EU, eine ganze Reihe. [Ergänzende Anm.: Nationale Zielwerte 2020: Strom aus erneuerbaren Energien: 30 %; Wärme aus erneuerbaren Energien: 14 %; Biokraftstoffe: 12 - 13 % CO₂-Einsparung; Kraft-Wärme-Kopplung (KWK): 25 %; Verdopplung Energieproduktivität]

Ob diese Ziele miteinander im Einklang stehen, warum gerade diese und keine anderen gewählt wurden, ist oft nur schwer im Nachhinein festzustellen. In jüngerer Zeit sind es insbesondere die Ausbauziele für erneuerbare Energien, die allseits einen Ausweis geben sollen über die ausreichende „Ambitioniertheit“ des eigenen Programms.

Dies geht zurück auf das Jahr 1997, als die Europäische Kommission erstmals solche Ziele vorgeschlagen hatte. [Anm.: KOM-Weißbuch über erneuerbare Energieträger von 1997: Anteil der erneuerbaren Energien in der EU soll bis 2010 von seinerzeit 6 % auf 12 % verdoppelt werden.]

Ein erst unlängst Ende April 2009 von der EU-Kommission vorgelegter Bericht zu den 2010-Zielen innerhalb der EU kommt indes bei Erneuerbaren-Strom zu EU-weit ernüchternden Feststellungen:



Dagmar G. Wöhrl MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Maritime Koordinatorin der Bundesregierung

Postanschrift:
Palast der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 227-71235
Fax: 030 227-76385

Wahlkreis
Jakobstraße 46
90402 Nürnberg
Tel: 0911 2415 4416
Fax: 0911 2029 212
Email: kontakt@dagmar-woehrl.de
Web: www.dagmar-woehrl.de
28. Mai 2009

Zwar hat Deutschland (ebenso Ungarn) seinen Strom-Zielwert von 12,5 % für 2010 bereits jetzt überschritten (2006: 12,6 %); der EU-weite Anteil in 2006 lag allerdings nur bei 15,7 % (Ziel 2010 für die EU: 21 %).

Unsicher ist die Zielerreichung demnach auch bei Biokraftstoffen [Anm.: Dem KOM-Bericht zufolge war bei Biokraftstoffen zwar in den letzten zwei Jahren starkes Wachstum zu verzeichnen; die für das Jahr 2005 vorgesehenen Werte hatten seinerzeit aber nur DE und SWE erreicht.]

Mit der im April formell verabschiedeten neuen Erneuerbaren-Richtlinie wird für das Jahr 2020 (nicht mehr 2010) EU-weit nun ein neuer Zielwert eingeführt: 20 % am Gesamtenergieverbrauch (also nicht nur bei der Stromerzeugung). Für Deutschland fordert die EU für das das Jahr 2020 nun einen Anteil von 18 % am Gesamtenergieverbrauch.

Wir sind zuversichtlich, auf Basis unserer derzeitigen nationalen Ziele bis 2020 auch dieses Ziel erreichen zu können. Nur: Die Zielerreichung ist nicht immer so einfach, wie es manche gern denken. Nicht ohne Grund tun sich unsere Nachbarn in der EU mit Steigerungsraten bisher eher schwer.

In Deutschland gibt es zum Teil nun auch die Auffassung, über die geltenden, und ich kann nur sagen: ambitionierten Ziele noch deutlich hinaus zu gehen. [Ergänzende Anm.: Geltende nationale Ausbauziele für erneuerbare Energien in 2020: Strom 30 %, Wärme 14 %. SPD-Wahlprogramm: 50 % Strom bis 2030, bei Wärme 20 % bis 2030; Grünen-Wahlprogramm: neue Ziele für 2020: 40 % Strom, 30 % Wärme; für 2030 dann 100 % Strom und im Jahr 2040 EE-Anteil insgesamt von 100 %.]



Dagmar G. Wöhrl MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Maritime Koordinatorin der Bundesregierung

Postanschrift:
Palast der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 227-71235
Fax: 030 227-76385

Wahlkreis
Jakobstraße 46
90402 Nürnberg
Tel: 0911 2415 4416
Fax: 0911 2029 212
Email: kontakt@dagmar-woehrl.de
Web: www.dagmar-woehrl.de
28. Mai 2009

Meine Damen und Herren, derartige Vorstellungen haben mit der Realität wenig zu tun. Die Erreichung der bisher vereinbarten Ausbauziele wird nicht einfach, aber das können wir schaffen.

Mehr noch: Ein sukzessiver Übergang auf eine Energieversorgung mit einem hohem Anteil erneuerbarer Energien erscheint unabdingbar; den erneuerbaren Energien gehört die Zukunft.

Aber: Wir sollten jetzt nicht trunken vor Freude über eine solche Zukunft den energiepolitischen Kompass über Bord werfen und die bis dahin noch vor uns liegenden Klippen einfach übersehen.

Noch einmal: Energiepolitik beruht auf der Zieltrias von Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit und Versorgungssicherheit. Ein Anteil von 100 % erneuerbarer Energien ist nicht übergeordnetes Ziel der Energiepolitik; der Ausbau der erneuerbaren Energien kann höchstens Mittel zum Zweck sein.

Meine Damen und Herren, Dreh- und Angelpunkt der Klimapolitik ist der zu vermeidende Temperaturanstieg über einen bestimmtem Grenzwert. Aus dem sog. 2°C-Ziel, an dem sich die die Klimaschutzpolitik der EU orientiert, lassen sich mit gewissen Unsicherheiten Treibhausgas-Reduktionsziele errechnen.

Daraus abgeleitete Reduktionsvorgaben bedingen in der Folge dann einen Umbau der Energieversorgung; nur so lassen sich Reduktionsziele erreichen. Und dies erklärt, warum Klimapolitiker gern mit quantifizierten Ausbauzielen für erneuerbare Energien, aber auch bei der Energieeffizienz operieren.



Dagmar G. Wöhrl MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Maritime Koordinatorin der Bundesregierung

Postanschrift:
Palast der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 227-71235
Fax: 030 227-76385

Wahlkreis
Jakobstraße 46
90402 Nürnberg
Tel: 0911 2415 4416
Fax: 0911 2029 212
Email: kontakt@dagmar-woehrl.de
Web: www.dagmar-woehrl.de
28. Mai 2009

Darüber hinaus aber lautet die Antwort auf Klimawandel neben den weiterhin notwendigen Anstrengungen, den Ausstoß von Treibhausgasen zu verringern, auch Anpassung - auch was Deutschland selbst anbelangt übrigens. Bis zum Frühjahr 2011 wollen wir mit den Bundesländern und anderen gesellschaftlich relevanten Akteuren in Deutschland einen Aktionsplan Anpassung erarbeiten. Auch in Kopenhagen wird das Thema Anpassung mit auf der Agenda stehen. [Anm.: Die unter Federführung BMU erarbeitete deutsche Anpassungsstrategie „DAS“ wurde am 17.12.2008 vom Bundeskabinett verabschiedet.]

Meine Damen und Herren, fatal wäre es, wenn wir Klimapolitik mit Energiepolitik gleichsetzen. Denn: Klimapolitik bezieht sich auf eine, wenn auch die z.Zt. vielleicht wichtigste umweltpolitische Frage der Menschheit insgesamt.

Die Energiepolitik demgegenüber muss Antworten auch auf den Klimawandel geben, aber nicht nur: Die zweitens sichere Versorgung der Bevölkerung mit drittens bezahlbarer Energie gehört ebenfalls dazu. Anders als Klimapolitik ist Energiepolitik daher übrigens immer auch eine nationale Politik.

Und Klima(schutz)politik ist zugleich Wirtschaftspolitik: Wir wissen, dass es teuer wird, wenn wir die Erwärmung der Erde nicht stoppen – und wir kennen die ökonomischen Chancen, die Klimaschutz gerade auch für Deutschland bietet.

Die Konsequenz auch aus der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise kann daher nicht die Abkehr vom Klimaschutz sein.



Dagmar G. Wöhrl MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Maritime Koordinatorin der Bundesregierung

Postanschrift:
Palast der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 227-71235
Fax: 030 227-76385

Wahlkreis
Jakobstraße 46
90402 Nürnberg
Tel: 0911 2415 4416
Fax: 0911 2029 212
Email: kontakt@dagmar-woehrl.de
Web: www.dagmar-woehrl.de
28. Mai 2009

2. Umsetzungsstrategien

Was aber müssen wir tun?

Um energiepolitische Ziele zu erreichen und Klimaschutz zu befördern, setzen wir auf die folgenden drei Elemente:

- ↪ Marktorientierte Politik
- ↪ Technologien als Schlüssel
- ↪ Internationale Zusammenarbeit

a) Marktorientierte Politik

Wenn ich von marktorientierter Politik spreche, meine ich zunächst eine damit verbundene grundsätzliche Ausrichtung: Leitlinie einer marktorientierten Politik ist ein klarer ordnungspolitischer Kurs, der auf Kreativität und Innovationskraft von Markt und Wettbewerb setzt. Staatliche Gängelerei und Bevormundung lähmt die Menschen und behindert damit wirtschaftliche Entwicklungschancen.

Ein gutes Beispiel dafür ist der Bereich der Energieeffizienz, wo wir nicht auf staatliche Vorgaben und Verpflichtungen setzen, sondern auf kreative Lösungen und individuelle Ansätze.

Meine Damen und Herren, wer heute an Energiemärkte denkt, sieht vor allem den Strom- und Gasbereich mit den zentralen Netzen. Dort ist in den vergangenen Jahren der Wettbewerb in Gang gekommen.



Dagmar G. Wöhrl MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Maritime Koordinatorin der Bundesregierung

Postanschrift:
Palast der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 227-71235
Fax: 030 227-76385

Wahlkreis
Jakobstraße 46
90402 Nürnberg
Tel: 0911 2415 4416
Fax: 0911 2029 212
Email: kontakt@dagmar-woehrl.de
Web: www.dagmar-woehrl.de
28. Mai 2009

Wichtige Maßnahmen waren:

- ↪ die Anreizregulierung der Netzentgelte,
- ↪ die Erleichterung des Netzanschlusses für neue Kraftwerke,
- ↪ die verstärkte Aufsicht gegen Preismissbrauch
- ↪ und nicht zuletzt die Erleichterung für Verbraucher beim Anbieterwechsel.

Die steigende Zahl der Verbraucher, die ihren Anbieter wechseln, und die vielen neuen Tarifangebote am Markt zeigen, dass sich der Wettbewerb immer stärker entwickelt. [Anm.: Nach Erhebungen der BNetzA im Monitoringbericht 2008 haben allein im Strombereich ca. 1,3 Mio. Haushaltskunden ihren Energielieferanten gewechselt.]

Viel diskutiert wird über die Zukunft der Höchstspannungsnetze: Hier geht es neben beschleunigtem Netzausbau vor allem um die sog. eigentumsrechtliche bzw. organisatorische Neugestaltung der Netzstruktur. Einige Netzbetreiber haben angekündigt, ihre Strom-Übertragungsnetze verkaufen zu wollen.

Dies eröffnet die Möglichkeit, eine deutsche Netzgesellschaft zu gründen. Diese Chance müssen wir ergreifen! Denn die Herausforderungen an ein zukunftsfähiges Stromnetz können am effektivsten durch eine einheitliche Netzgesellschaft für Übertragungsnetze wahrgenommen werden – allerdings ohne staatliche Beteiligung.

Auch wenn wir bei den Gesprächen mit der Energiewirtschaft noch lange nicht am Ziel sind, wollen wir hier möglichst rasch zu konkreten Lösungen kommen.

Und um eine marktorientierte Politik geht es auch beim Klimaschutz: Von entscheidender Bedeutung für klimapolitisches Handeln ist die Einführung eines weltweiten und nicht mehr nur wie bisher im Wesentlichen auf Europa beschränkten



Dagmar G. Wöhrl MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Maritime Koordinatorin der Bundesregierung

Postanschrift:
Palast der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 227-71235
Fax: 030 227-76385

Wahlkreis
Jakobstraße 46
90402 Nürnberg
Tel: 0911 2415 4416
Fax: 0911 2029 212
Email: kontakt@dagmar-woehrl.de
Web: www.dagmar-woehrl.de
28. Mai 2009

Emissionshandels. Der Emissionshandel ist ein Eckpfeiler unserer Klima- und Energiepolitik.

Und natürlich ist theoretisch betrachtet richtig, dass eine marktorientierte reine CO₂-Reduktion kosteneffizient auch ohne Erneuerbaren-Förderung möglich wäre. [Anm.: Nebeneinander von EU-Emissionshandel und EEG-Förderung hat insbes. auch Prof. Sinn kritisiert.]

Wenn wir trotzdem auf die erneuerbaren Energien setzen, auch wo sie (noch) nicht kosteneffizient zu einer CO₂-Reduktion eingesetzt werden, dann hat dies andere Gründe. Es geht um die vorausschauende aktive Begleitung zukunftsfähiger Technologien auf dem Weg zur Wettbewerbsfähigkeit.

Dementsprechend ist Kostendegression wichtiger Bestandteil einer Förderung durch das EEG.

Und wir müssen erneuerbare Energien und den Emissionshandel intelligent miteinander verzahnen; die durch den Ausbau der Erneuerbaren bewirkten Spielräume können nicht zu unseren Lasten gleichsam verpuffen.

b) Technologien als Schlüssel

Energieversorgung wird praktisch durch Nutzung verschiedener Technologien: im Kraftwerksbereich, bei den Netzen, in Fabriken, Häusern und im Verkehr.



Dagmar G. Wöhrl MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Maritime Koordinatorin der Bundesregierung

Postanschrift:
Palast der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 227-71235
Fax: 030 227-76385

Wahlkreis
Jakobstraße 46
90402 Nürnberg
Tel: 0911 2415 4416
Fax: 0911 2029 212
Email: kontakt@dagmar-woehrl.de
Web: www.dagmar-woehrl.de
28. Mai 2009

Energiegeschichte ist Technikgeschichte.

Zu den Grundprinzipien unserer Politik gehört Technologieoffenheit.

Ebenso wenig wie man Mitte der 60er Jahre etwas von den Nanotechnologien, Internet und Mobiltelefonen gewusst hat, können wir heute wissen, über welche Technologien die Menschheit in 2050 verfügen wird.

Bei Energietechnologien werden viel zu oft nicht Chancen moderner Technologie, sondern die Risiken in den Vordergrund gerückt.

Seit langem wohlbekannt ist dies bei der Kernenergie, seit einiger Zeit aber auch bei Kohlekraftwerken zu beobachten.

Allen drei energiepolitischen Zielen ist jedoch nur mit einem möglichst breiten Energiemix gedient – unter Einschluss von Kohle.

Und auch Kernenergie brauchen wir als Brückentechnologie. Ohne eine Laufzeitverlängerung gehen in der nächsten Legislaturperiode sieben der 17 deutschen Kernkraftwerke vom Netz; fast zehn Prozent der Stromproduktion und fast 20 Prozent der Grundlast. Eine sog. „Stromlücke“ darf man nicht herbeireden, sie aber auch nicht riskieren.

Nur: Wenn wir am Ausstieg unverändert festhalten, heißt dies, dass sehr schnell Maßnahmen zur Verwirklichung des dann beim Strom nachfrageseitig und / oder angebotsseitig Notwendigen auch tatsächlich erfolgen müssen.



Dagmar G. Wöhrl MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Maritime Koordinatorin der Bundesregierung

Postanschrift:
Palast der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 227-71235
Fax: 030 227-76385

Wahlkreis
Jakobstraße 46
90402 Nürnberg
Tel: 0911 2415 4416
Fax: 0911 2029 212
Email: kontakt@dagmar-woehrl.de
Web: www.dagmar-woehrl.de
28. Mai 2009

Insbesondere notwendige Bauvorhaben für neue (und effiziente) Kohlekraftwerke dürfen dann keinesfalls mehr verhindert werden.

Denn: Nur auf Importkapazitäten aus dem Ausland vertrauen zu wollen, wäre leichtfertig, beim Import von Strom aus Kernkraftwerken sogar scheinheilig.

Wir brauchen in Deutschland Kraftwerke auf der Basis moderner Technologien, perspektivisch auch CCS-Technologie. Erneuerbare Energien allein können den Bedarf an Strom und insbesondere an grundlastfähigem Strom derzeit (noch) nicht abdecken.

Wir brauchen moderne, auch zusätzliche Netze – dies auch, um den Ausbau der Windkraft im Norden Deutschlands mit den Verbrauchsschwerpunkten im Süden und Westen zu verbinden. Außerdem: Speichertechnologien sind zentral nicht nur für die Windkraft und Elektromobilität.

Energietechnologien bieten ein riesiges Wachstumspotenzial; für immerhin 40 % der Weltwirtschaft hat einer neuen Studie von McKinsey zufolge „Energie“ eine strategische Bedeutung. Technologien bieten Zukunftschancen zur Erfüllung von energiepolitischen und klimapolitischen Zielen – für die deutsche Wirtschaft, für Wohlstand und Beschäftigung in unserem Land.

c) Internationale Zusammenarbeit



Dagmar G. Wöhrl MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Maritime Koordinatorin der Bundesregierung

Postanschrift:
Palast der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 227-71235
Fax: 030 227-76385

Wahlkreis
Jakobstraße 46
90402 Nürnberg
Tel: 0911 2415 4416
Fax: 0911 2029 212
Email: kontakt@dagmar-woehrl.de
Web: www.dagmar-woehrl.de
28. Mai 2009

Drittens: Wir setzen auf internationale Zusammenarbeit.

Unsere Versorgungssicherheit mit Energie verbessern wir, indem wir mit unseren Partnern in der EU und anderen internationalen Foren einen vernünftigen Interessenausgleich zwischen Liefer-, Transit- und Verbraucherländern befördern.

In der Klimapolitik bietet internationale Zusammenarbeit jetzt eine Chance zur Überwindung schwieriger „policy gaps“:

- ↪ zwischen Nordamerika und Europa,
- ↪ zwischen den Industrie- sowie den Entwicklungs- und Schwellenländern
- ↪ und zwischen exportierenden Energieproduzenten und den auf Importe angewiesenen Verbraucherländern.

Wenn wir es schaffen, bei der Weltklimakonferenz in Kopenhagen im Dezember diesen Jahres Industriestaaten, Schwellen- und Entwicklungsländer auf ein verbindliches Klimaschutzabkommen zu verpflichten, wird dies auch zu faireren Wettbewerbs- und Handelsbedingungen weltweit führen.

Den weniger entwickelten Ländern auf dieser Welt wollen die Industriestaaten beim Klimaschutz Hilfestellung geben. Die Schwellen- und Entwicklungsländer müssen jedoch auch eigene nachprüfbare Anstrengungen unternehmen und die geeigneten Rahmenbedingungen schaffen: Der ganz überwiegende Teil kostengünstiger Minderungspotenziale liegt in den Entwicklungsländern.

Ein Ausbau der flexiblen Instrumente wie Joint Implementation (JI) und Clean Development Mechanism (CDM) wäre hier deshalb ein wichtiger Schritt.



Dagmar G. Wöhrl MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Maritime Koordinatorin der Bundesregierung

Postanschrift:
Palast der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 227-71235
Fax: 030 227-76385

Wahlkreis
Jakobstraße 46
90402 Nürnberg
Tel: 0911 2415 4416
Fax: 0911 2029 212
Email: kontakt@dagmar-woehrl.de
Web: www.dagmar-woehrl.de
28. Mai 2009

Mit Blick auf die Energieproduzenten schließlich dürfen wir deren legitime wirtschaftliche Interessen ebenfalls nicht ausblenden. Hier geht es um Vertrauensbildung, technologische Kooperation, schließlich wechselseitige Verschränkung.

3. Schlussbemerkung

Meine Damen und Herren, Energie- und Klima(schutz)politik stehen im Schnittpunkt von Technologiepolitik, Industriepolitik, Außenwirtschaftspolitik. Insofern ist das Bundeswirtschafts- und Technologieministerium nicht zufällig das Energieministerium dieser Bundesregierung, wie auch schon aller vorigen Regierungen seit Gründung der Bundesrepublik.

Wirtschaftlicher Sachverstand und wirtschaftspolitische Grundsätze sind kein Hindernis, wenn es darum geht, energie- und klimapolitische Ziele zu erreichen. Ganz im Gegenteil!

Insofern freue ich mich, dass sich der VIII. Munich Economic Summit den Herausforderungen des Klimawandels und der Sicherung der Energiezukunft Europas widmet. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!